

02.12.2014

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.1)

Herr Senator Horch trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2014/2619, betreffend

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 7.

Mai 2014: "Unternehmensnachfolge und Migration", Drucksache

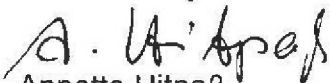
20/11316,

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Annette Hitpaß



Berichterstattung
Senator Horch
Senator Scheele
Staatsrat Dr. Ebert
Staatsrat Porsken

TOP I. 1
B

Eing., 21. NOV. 2014

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2014/02619
vom: 18.11.2014

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 7. Mai 2014: „Unternehmensnachfolge und Migration“, Drucksache 20/11316

A. Zielsetzung

Die vorliegende Drucksache dient der Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens Drucksache 20/11316 vom 7. Mai 2014, das den Senat zur Entwicklung von Lösungen im Hinblick auf die bessere Nutzung des Gründungsinteresses von Migrantinnen und Migranten für Unternehmensübernahmen auffordert.

B. Lösung

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund spielen eine wichtige Rolle in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Hamburg. Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund, auch in der Form der Übernahme eines bestehenden Unternehmens, stellen einen wünschenswerten Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Integration dar. In Hamburg bieten etliche Institutionen und Initiativen Hilfestellung bei Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen. Beim Förderangebot für Existenzgründer und Existenzgründerinnen allgemein und speziell mit Migrationshintergrund nimmt Hamburg im Vergleich zu anderen Standorten in Deutschland mit einem Spitzenplatz ein. Das Netzwerk der Gründungsberatung für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund (einschließlich der Beratung bei Unternehmensverkäufen und Nachfolgeregelungen) ist in Hamburg anerkannt gut ausgebaut. Die Beratungsangebote zum Thema Unternehmensnachfolge können bei der Zielgruppe der Zugewanderten jedoch noch transparenter und bekannter gemacht und bedarfsgerecht weiter entwickelt werden.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

☐ Familienpolitik

☐ Klimaschutz

☐ Inklusion

☐ Bürokratieabbau

☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf die Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens.

H. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft.